

Antrag

der Fraktion der SPD

Keine Modernisierung der chemischen Kampfstoffe der NATO

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, im Nordatlantikrat der NATO der Modernisierung chemischer Kampfstoffe der NATO nicht zuzustimmen.

Er fordert die Bundesregierung auf, dem amerikanischen Kongreß und der amerikanischen Administration unmißverständlich zu erklären, daß sie an der Haltung früherer Bundesregierungen festhält, daß die NATO chemische Waffen zur Implementierung der NATO-Strategie nicht braucht.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, die amerikanische Administration und den Kongreß eindeutig davon zu unterrichten, daß eine Stationierung binärer chemischer Waffen auf dem Boden der Bundesrepublik Deutschland nicht in Frage kommt. Die Bundesregierung sollte statt dessen mit noch größerem Nachdruck auf ein weltweites Verbot chemischer Waffen drängen und regionale Maßnahmen als ersten Schritt zu diesem Ziel aktiv fördern.

Bonn, den 23. April 1986

Dr. Vogel und Fraktion

Begründung

Am 19. Dezember 1985 hat der amerikanische Kongreß die Aufnahme der C-Waffen-Produktion unter folgenden Bedingungen gebilligt:

- a) Die Produktion darf nicht vor dem 1. Oktober 1986 aufgenommen werden.
- b) Auch nach dem 1. Oktober 1986 darf die Produktion nur beginnen, wenn der Nordatlantikrat der NATO der Modernisierung des US-Anteils an den chemischen Abschreckungsmitteln der NATO mit binärer Munition zugestimmt hat.
- c) Dafür soll in Verbindung mit dem alliierten Oberkommandeur für Europa ein Plan entwickelt werden, nach dem die Vereinig-

ten Staaten binäre chemische Munition bei entsprechender Eventuellfallplanung stationieren können, um vor einem C-Waffen-Angriff gegen die USA oder ihre Verbündeten abzuschrecken.

Für die europäischen NATO-Staaten bedeutet diese amerikanische Gesetzgebung ein Mitentscheidungsrecht über die Aufnahme der amerikanischen C-Waffen-Produktion. Damit fällt der Bundesregierung eine Schlüsselverantwortung für die Verhinderung einer neuen chemischen Rüstungsrunde zu. Der amerikanische Kongreß, unsere europäischen Verbündeten und nicht zuletzt die Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland haben einen Anspruch darauf, von der Bundesregierung zu erfahren, ob sie dieser Verantwortung gerecht werden will.